

Historische Meilensteine im Spiegel der Politischen Meinung

Zusammengestellt von Danja Bergmann

50er Jahre

Neue Politik? Über Jugendliche und Reaktionäre

„Das Reaktionäre wird gern dem Alter zugesellt und das Revolutionäre der Jugend. Wenn diese oberflächliche Vereinfachung schon nie gestimmt hat, so hat ihr Hitlers schlimme Erbschaft vollends den Garaus gemacht. Die zehn Jahre nach dem Nichts, in das uns das Kriegsende gestürzt hat, beweisen schließlich Tag für Tag, daß es in der Politik nicht die Gleichung gibt: die Jungen machten eine neue, trächtige und vorwärtstreibende Politik, und die Alten verwalteten lediglich Überkommenes oder saßen hier ideenlos und unfruchtbar auf dem Erbe. Denn nach 1945 wäre es ohne Frage die Aufgabe einer neuen Generation gewesen, das Steuer für eine neue Politik in die Hand zu nehmen. Diese neue Generation war aber nicht da. Vielleicht konnte sie nicht da sein. Vielleicht wollte sie es nicht. Wir wissen heute sehr genau, wie sehr gerade in den ersten Nachkriegsjahren die Stimmung des Apolitischen, ja des Unpolitischen sich der Menschen bemächtigt hatte. Und die Jungen waren es vor allem, die der Beschäftigung mit der Politik und schon gar der aktiven politischen Beschäftigung die kalte Schulter zeigten. Wir haben genügend plausible Erfahrungen dafür, warum gerade die Nachkriegsjahre die junge Generation der Politik gegenüber apathisch gezeigt haben. Der Zusammenbruch aller politischen Kategorien im Jahre 1945 hatte eben der jungen Generation insbesondere den Geschmack an der Politik verdorben. (...)“

Es war eine junge, sehr junge Politik vonnöten; aber es war Politik erforderlich, die zugleich in Zusammenhängen nach unten und nach oben gestalten konnte. Das nahm ihr jeden Stachel eines Vorurteils. Es wurde eine sehr natürliche neue Politik. Und das Phänomen, daß sie in ihrer sichtbaren Spitze von alten und heute sehr alten Männern verantwortlich repräsentiert wird, kann sie nicht gut ihres gänzlich neuartigen und positiven Charakters entkleiden. Opposition gegen diese Politik ist und kann deshalb auch niemals schlechthin als neue Politik gegen diese „alte Politik“ der letzten Jahre firmiert werden. Noch viel weniger kann Opposition, wo immer sie herkommt, und welchen Motiven sie immer entspringt, als „junge“ Politik firmieren; denn ebenso wenig wie Erich Ollenhauer, Reinhold Meier und Herbert Wehner der gleichen Generation als gleiche Opponenten angehören, ebenso wenig gehören etwa Konrad Adenauer und Uwe von Hassel einer extrem anderen an. Eine Generationsfrage in der Politik hat es kaum jemals sichtbar in Deutschland gegeben – schon gar nicht aber heute – wo die Alten genötigt waren, die politische Revolution der Nachkriegszeit zu tragen.“

Karl Willy Beer, in: PM 1 Juni 1956

Gibt es noch Wege zu Europa?

„Diese europäische Gemeinschaft kann sich nur entwickeln und in Freiheit leben eingebettet in die atlantische Gemeinschaft freier Völker des Westens. Eigene Atombomben sind zwecklos und nur Unruhe stiftend. Die atlantische Gemeinschaft stellt über die Vereinigten Staaten von Amerika diese großen Waffen zur Verfügung. Ohne sie wird Europa einen ernsten Konflikt selbst dann nicht durchstehen, wenn es zu Lasten seiner allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten Atombomben produziert.“

„Es erscheint möglich die Differenzierung zwischen Nationalität und Supranationalität abzumildern. Es braucht auch nicht unbedingt ein neuer Staat zu entstehen, der als europäischer Bundesstaat zu charakterisieren ist. Wesentlich ist nur: die neue Gemeinschaft muss weitergehen als die Beziehungen, die durch internationalrechtliche, vertragliche Bindungen geschaffen werden. Dieses neue Europa muss – und das würde hier der Fall sein – über das völkerrechtliche Nebeneinander souveräner Staaten hinauswachsen. Das Zusammenwachsen muss ein reales sein und dazu führen, daß das Eigenleben der Mitgliedstaaten übergeht in ein gemeinsames Leben.“

Hans Furler, in: PM 1 Juni 1956

Jetzt Pakte mit Moskau?

Die politische Bedeutung des Moskauer Parteikongresses

„Die Haltung der Sowjetzonen-Presse, die ihren Standpunkt aus Moskau bezieht, spricht nicht dafür, daß zumindest vorerst die geringste Änderung in der sowjetischen Behandlung der Deutschlandfrage sich anbahnt. Gerade in den letzten Wochen ist die Bundesrepublik und die Bundesregierung von dort mit einem nicht mehr zu steigernden Unmaß von Haß und Verleumdung überschüttet worden. Und die politischen Verhandlungen und Gespräche der Sowjetunion in Moskau und in London haben noch deutlicher als bisher ergeben, daß die milde Koexistenz-Ideologie sich mit einem starken Nein in der Deutschlandpolitik verbindet.“

Otto Lenz, in: PM 1 Juni 1956

Wandelt sich der Kommunismus?

„Man wird wohl von einer Krise des Kommunismus in diesem Zusammenhang sprechen können. Doch bedeutet diese Feststellung keineswegs die Behauptung einer Schwächung der kommunistischen Positionen in der Welt. Ein Hinweis auf die Rückkehr Titos in das gemeinsame kommunistische Lager macht deutlich, was mit dieser Warnung gemeint ist. Noch ist es zu früh, zu sagen, wohin die Fahrt in Sowjetrußland geht und wie weit dadurch der Weltkommunismus beeinflußt werden wird.“

Kurt Georg Kiesinger, in: PM 2 Juli 1956

Europas Währungsreform

„Die nächste Kräftigung des Gemeinsamen Marktes hat auf währungspolitischer Ebene zu erfolgen. Hierdurch vermag er sich am einfachsten und deutlichsten von den übrigen OEEC-Ländern zu unterscheiden. Es ist kein Zufall, wenn Jean Monnet und sein Aktionskomitee seit einigen Monaten in Richtung der europäischen Währungsreform arbeiten. Man braucht nur daran zu erinnern, daß die Vereinigten Staaten ihre Einheit viel mehr dem Dollar als politischen Entscheidungen zu verdanken haben.“

Alfred Frisch, in: PM 32 Januar 1959

Die neuen Waffen des Westens

„Die euro-atlantische Rüstungszusammenarbeit ist im übrigen nur scheinbar ausschließlich von militärischer Bedeutung. Sie hat darüber hinaus tiefgreifende politische Wirkungen, da sie neben der militärischen auch die wirtschaftliche und politische Partnerschaft des Westens erheblich stärkt. Eine Integration auf dem Gebiet der Rüstungstechnik, also auf einem Gebiet, das in früherer Zeit selbst verbündete Staaten hinter dem Schleier des nationalen Geheimnisses verbargen, festigt das Vertrauen zwischen den Bundesgenossen und führt zu vielfältigen politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Verflechtungen, die sich kaum noch lösen lassen. Die westlichen Nationen rücken damit wiederum ein Stück enger aneinander. Das ist die erfreuliche politische Konsequenz einer von bitterer militärischer Notwendigkeit erzwungenen Entwicklung.“

Franz-Josef Strauß, in: PM 37 Juni 1959

60er Jahre

Adenauer in Zahlen

„Inzwischen ist die Gestalt Adenauers immer neuen Angriffen ausgesetzt gewesen. Der Beobachter registriert, daß die öffentliche Meinung derartigen Attacken zunächst nachgibt, um bald darauf zu tun, als sei nichts geschehen. So gibt es schon jetzt gewisse Zeichen dafür, daß die sonst volkstümliche Wahlparole Jugend gegen Alter im Falle Adenauers die Attraktivität, die sie vor einigen Monaten unzweifelhaft besaß, wieder zu verlieren beginnt.

Das kann, wie schon angedeutet, im emotionalen Bereich liegen: Adenauer wirkt nicht im Milieu der Versprechung, sondern der Leistung. Das ist, was die öffentliche Meinung angeht, wahrscheinlich sein größtes Kapital.“

Erich Peter Neumann, in: PM 56 Januar 1961

Versöhnung mit dem Feind

„Das deutsch-amerikanische Verhältnis sei nach dem Kriege in Berlin und nicht an den Ufern des Rheins aufgebaut worden, behauptete kürzlich Willy Brandt, den manche Leute trotzdem für einen Staatsmann halten. Nun, daß die deutsch-französische Freundschaft am Rhein und nirgends sonst gestiftet wurde, haben Adenauers Gegner von rechts und links sooft und mit so inbrünstigem Vorwurf behauptet, daß daran nicht einmal ein oppositioneller Wahlkandidat öffentlich Zweifel äußern könnte, ohne von seinem Publikum ausgelacht zu werden. Lange Zeit hielt man im Lager der Regierungsgegner gerade diese Stiftung für eine Sache, die Adenauer belasten müsse, und zwar um so schwerer und vernichtender, je weiter man sich vom Kriegsende und seinen unpatriotischen Zwängen entfernen würde. (...)

Adenauer hat sich nicht sehr oft über die Beweggründe seiner Politik der Versöhnung mit Frankreich geäußert; aber soweit es Äußerungen aus seinem Munde gibt, liegen sie alle auf der gleichen Linie. Es besteht auch kein Anlaß zu der Vermutung, er habe dabei etwas verschwiegen oder camoufliert. Man kann ihm glauben, daß es die rheinische, zivilistische und abendländische Gesamtgesinnung seines Wesens war, die, mit einem kräftigen Schuß antiborussischen Ressentiments versetzt, ihn hauptsächlich in diese Richtung drängte. In allen seinen Reden kommt, fast stereotyp, der Gedanke vor, daß der Schuman-Pakt und die deutsch-französische Allianz einen Bruderkrieg innerhalb der europäischen Familie für alle Zeiten unmöglich machten.“

Otto B. Roegele, in: PM 60 Mai 1961

Ein Regime macht Bankrott. Das Fundament der Schandmauer

„An der Warschauer Brücke, an der Brunnenstraße und an der Sonnenallee riegelten Volkspolizisten und Volkspolizisten die Sektorengrenze ab. Um 3.27 Uhr meldete ‚Associated Press‘: ‚Das Brandenburger Tor ist zu.‘ Um 3.53 Uhr berichtete ‚DPA‘: ‚Vopo spannt Stacheldraht.‘ [...] Man schrieb den 13. August 1961, ein Datum, das in der Erinnerung des ganzen Volkes bleiben wird wie andere deutsche Mahntage, wie jener unselige 30. Januar 1933 oder der vom Ruf nach Freiheit und dem Rasseln der Sowjetpanzer erfüllte 17. Juni 1953.“

Fritz Schatten, in: PM 64 September 1961

Ein Plan für den Westen Der Kampf um die öffentliche Meinung der Welt

„Dies bedeutet, daß wir die Wiedervereinigung Deutschlands nicht zu einer condition sine qua non in unserem Verhandlungssystem machen können und sollen. Um der Freiheit der Ostzone willen sollten wir bereit sein, die Wiedervereinigung Deutschlands in der Schwebe zu halten. Wir können sogar so weit gehen und anbieten, daß wir, unter Voraussetzung freier Wahlen in Ostdeutschland, bereit wären, uns zu verpflichten, ihre freien Bürger dahin zu bringen, daß sie für eine Reihe von Jahren auf einen Zusammenschluß mit der Bundesrepublik verzichten. Auf diese Weise könnte die Sowjetunion überzeugt werden, daß sie keinen Grund zur Behauptung mehr hat, ein wiedervereinigtes Deutschland bedrohe ihre Sicherheit, weil es ein solches nicht gäbe.“

Salvador de Madriaga, in: PM 64 September 1961

Wettlauf in den Weltraum Warum die amerikanische Raketentechnik nachhinkt

„Als am 4. Oktober 1957 Sputnik I gestartet wurde, fiel man in den Vereinigten Staaten aus allen Wolken. In diesem Land war vorher soviel über das Vanguard-Satellitenprogramm gesprochen und geschrieben worden, daß zumindest in der breiten Öffentlichkeit niemand mit Ernst daran dachte, daß irgendein anderes Land Amerika auf diesem Gebiet zuvorkommen könnte. Nachdem der erste Schock überwunden war, trösteten sich die Amerikaner mit dem Gedanken, daß sie den Vorsprung einholen würden, wenn sie erst mal richtig an die Arbeit gingen und ihre Pläne mit Energie anpackten. Das geschah, doch der Vorsprung der sowjetischen Raumfahrtstechniker blieb.“

Robert Gerwin, in: PM 64 September 1961

Hat Kennedy versagt? Enttäuschungen und Hoffnungen

„Die amerikanischen und europäischen Intellektuellen aber haben sich (...) in bittere Kritiker verwandelt. Man spricht höhnisch von der „dritten Eisenhower-Administration“ und will damit sagen, aus all der vermeintlichen Dynamik und Erneuerung sei dieselbe stagnierende Inaktivität geworden, die man – und natürlich auch Kennedy – seinem Vorgänger ankreidete. Man wirft dem neuen Präsidenten Schwächlichkeit, Feigheit, Ängstlichkeit vor und sogar appeasement gegenüber dem Kommunismus. (...)“

Ein Jahr reicht nicht aus zu einem abschließendem Urteil. Der neue Präsident hat, vor allem in Kuba, aber in geringerem Maße auch in Laos, weithin sichtbare Niederlagen einstecken müssen und keine spektakulären Siege errungen. Wenn ihm aber gelingt, wozu er gewillt ist und wozu die Ansätze bereits deutlich sichtbar sind: Amerika und den Westen mit einem neuen dynamischen Geist des Fortschritts und des Einsatzes für eine Perspektive der Zukunft an der ‚neuen Grenze‘ zu erfüllen, dann wird das auf lange Sicht wichtiger sein als Kuba, Laos und sogar die Schandmauer in Berlin.“

Lorenz Stucki, in: PM 69 Februar 1962

Kennedy und Johnson Kontinuität in der Demokratie

„Die weltweite Reaktion auf den Tod John F. Kennedys läßt sich nicht aus der Tatsache erklären, daß er der Präsident der größten Macht der westlichen Welt war – und auch nicht daraus, daß er das Opfer eines Mordanschlags geworden ist. Die Ursache liegt tiefer. Der verstorbene amerikanische Präsident ist zum Inbegriff der Idee eines Friedens in Freiheit und Gerechtigkeit geworden. (...) Kein Volk hat mehr Grund, dem großen Toten dankbar zu sein, als das deutsche. Die Worte, die Kennedy auf seiner Deutschland-Reise, vor allem in Berlin und Frankfurt, an die deutsche Nation diesseits und jenseits der Demarkationslinie gerichtet hat, haben sich tief in die Herzen der Deutschen eingeprägt. Er war der erste amerikanische Präsident, der für die Freiheit Berlins auch den Einsatz der nuklearen Waffen verpfändet hat.“

Kurt Birrenbach, in: PM 90 Dezember 1963

Möglichkeiten einer Koalition Erfahrungen mit vier Regierungen

„Wer demokratisch regieren will, muß sich mit der Tatsache des Bestehens der Opposition im Parlament nicht bloß ‚abfinden‘. Er muß vielmehr die Notwendigkeit und Nützlichkeit anerkennen, so wenig bequem Widerstand in der Volksvertretung auch sein mag. Daß Opposition in der parlamentarischen Demokratie unentbehrlich ist, bildet das stärkste Argument gegen eine Koalition, die eben dieser Opposition ein Ende bereiten würde. (...)“

Die sogenannte Große Koalition ist also keinesfalls die Idealform der parlamentarischen Demokratie. Sie ist von der Möglichkeit schwerer Missstände bedroht und kann nicht als Dauerlösung empfohlen werden. Aber man darf deswegen auch nicht die Argumente kurzerhand vom Tisch wischen, die für die Große Koalition oder gar die Allparteien-Koalition sprechen.“

Konrad Adenauer, in: PM 108 September 1965

Die Demokratie in Gefahr Mittel und Maßnahmen gegen den Umsturz

„Alle Historiker unserer jüngsten Vergangenheit sind sich einig darüber, daß der Ruf nach dem starken Mann, dem Verderber Deutschlands nur ein solch verheerendes Echo finden konnte, weil die junge Weimarer Demokratie kein Zutrauen zu der Autorität der Demokratie hatte. Man weiß inzwischen seit 35 Jahren, daß Autorität nicht durch Machtwechsel zu erringen ist. Hitler hatte keine Autorität; er hatte die Gewalt, und zwar in ihrer brutalsten Form durch Unterdrückung jeder persönlichen Freiheit. Als er die Wahlen abschaffte, proklamierte Goebbels dies als ‚Demokratisierung‘ des Establishment. Der Mißbrauch dieses Wortes ‚Demokratisierung‘ kann nicht sinnfälliger dokumentiert werden als dadurch, daß Ulbrichts Forderungen für eine spätere Zusammenführung der beiden Teile Deutschlands ‚Demokratisierung der Bundesrepublik‘ heißen. Natürlich war die Diktatur Hitlers etwas anderes als die Diktatur des Kommunismus und

ganz gewiß auch anders als die Diktatur durch den SDS. Daß sich aber jedes Verlangen nach Umsturz des schillernden Begriffs ‚Demokratisierung‘ bedient, sollte den Demokraten endlich klar werden.“

Karl Willy Beer, in: PM 122 Januar–März 1968

Der Haß auf die Leistungsgesellschaft Zur Sozialpsychologie der Rebellen

„Was ist für die Menschenwürde gefährlicher: der Mann, der jedes zweite Jahr ein neues Auto haben möchte, oder der Jüngling, der jede Woche eine neue Freundin braucht? Der Hohn der neuen Linken gegen den seine Dinge wechselnden Konsum-Bürger rührt komisch an, wenn sie zugleich, beim Sex, die Freiheit des Modellwechsels proklamiert. ‚Wer zweimal mit derselben pennt, gehört zum Establishment‘, hieß es unter den an die Wände besetzter Universitätsräume geschmierten Parolen. Der puritanisch-protestantische Haß auf die materielle Wohlstandskultur bei der neuen Linken, verknüpft mit ihrem demonstrativen Sexualhedonismus, oft noch skatologisch garniert, legt eine frappierende Hypothese nahe: es sind zutiefst verkrampfte, gehemmte Leute. Die Freudsche Emanzipation ist ihnen nicht gerade geglückt.“

Helmut Schoeck, in: PM 124 Juli–September 1968

70er Jahre

Die Erfolge östlicher Westpolitik Politische Wirkungen des Grundvertrages

„Dementsprechend ist im Ausland allgemein der Eindruck entstanden, daß die Deutschen mit diesem Vertrag in die Teilung ihres Landes und ihrer Nation, die ihnen nach dem Krieg von außen aufgezwungen worden war, endgültig einwilligten. (...)“

Die Bundesregierung Brandt kann diesen schweren Mangel des Grundvertrages nicht damit entschuldigen, daß sie sagt, sie hätte sich den allgemeinen weltweiten Entspannungstendenzen anpassen müssen. Keine westliche Regierung hat von sich aus an die Bundesrepublik das Ansinnen gerichtet, einen Vertrag über ihre Beziehungen zur DDR zu schließen, in dem die Worte Deutschland, Deutsche Nation und Wiedervereinigung nicht vorkommen.“

Karl Carstens, in: PM 147 März/April 1973

Recht auf Umsturz Das Gewaltmonopol im Rechtsstaat

„Der demokratische Rechtsstaat hingegen ist sozusagen ein permanenter Gleichgewichtsakt. Der Gültigkeit und dem Geltendmachen von Individualrechten gegen den Staat entspricht auf der anderen Seite die Regulierung der Freiheitsrechte durch den Staat – aber immer so, daß sowohl die Grundrechte des einzelnen wie die Autorität des Staates unverletzt bleiben. Es gibt also keine Rückkehr zum Obrigkeitsstaat mit Universalkompetenz, ebenso wenig indes einen Progreß zur totalen Emanzipation des einzelnen.“

Die individuelle Freiheit kann schon kraft der Endlichkeit und Beschränktheit des Menschen nicht grenzenlos sein. Man kann die Freiheit in einer gewissen Analogie zu den natürlichen Urkräften wie Feuer, Wasser, Energie sehen, die gebändigt konstruktive wirken, ungebändigt aber zerstörerisch wirken. Freiheit ist das schöpferische Element schlechthin; sie ist der Ursprung aller Kreativität in der Gesellschaft. Freiheit ohne Gesetz und Verantwortung jedoch würde Gesellschaft und Staat vernichten. Bindung, also Einschränkung der Freiheit ist daher ein Existen-

tial menschlicher Gemeinschaft. Das ist einer jener sogenannten Gemeinplätze oder Binsenwahrheiten, die nicht in Vergessenheit geraten dürfen, wenn wir menschenwürdig leben wollen.“

Anton Böhm, in: PM 158 Januar/Februar 1975

Partnerschaft und Gleichberechtigung Eine Dokumentation über die Lage der Frau

„Ein Feld auf dem die Partnerschaft und Gleichberechtigung am wenigsten Probleme zu bieten scheint, ist der Sport. Bis auf den Fußball, der eigentlich bis in die jüngste Zeit hinein als reine Männersache galt. Aber auch hier hat sich inzwischen einiges gewandelt. Heute – gefragt wurde im Juli 75 – ist beinahe schon die Hälfte der Bevölkerung dafür und nur jeder Vierte (25 %) ausgesprochen dagegen, daß Frauen Fußball spielen. Übrigens können sich die Frauen viel schwerer zu einer positiven Einstellung zum Damenfußball durchringen als die Männer.“

Herta Ludwig, in: PM Heft 173 Juli/August 1977

„Der kleine Unterschied“ Frauen-Literatur gestern und heute

„Auch die kräftigsten Emanzipations-Rucke und –Zuckungen der letzten Jahrzehnte haben den existentiellen Unterschied zwischen Männern und Frauen nicht verwischen können: „La petite différence“ ist unausrottbar.“

Werner Ross, in: PM 173 Juli/August 1977

Rettet die Deutschen Ein Vorschlag zum Schutz einer bedrohten Spezies

„Die deutsche Miesmacherei arbeitet konsequenter und nach dem masochistischen Prinzip ‚immer drauf aufs Schlimme‘. Es ist schon schlimm (nicht immer ganz unbegründet), als Nachbar von Atomkraftwerken (weniger begründet), als Opfer des Konsumterrors und (ganz unbegründet) als Opfer des Lernzwangs, also als Schüler, Lehrling oder Student betroffen zu sein, aber ist man dies als Deutscher, so ist das ein erschwerender Umstand. Denn Deutschsein ist zum Gipfel der Betroffenheit geworden.“

Jean-Paul Picaper, in: PM 186 September/Oktober 1979

Gleichzeitig ungleichzeitig Zur Religionsgeschichte der Bundesrepublik

„Man weiß, in wie hohem Maße ein radikales Demokratieverständnis mit einer ebenso radikalen Religionskritik Hand in Hand geht. Hier liegen auch die signifikanten Unterschiede zur angelsächsischen bzw. amerikanischen Demokratie. Vielleicht leidet die zweite deutsche Demokratie darunter, daß ihre politischen und rechtlichen Institutionen zwar dem liberalen Demokratieverständnis angelsächsischer Prägung verpflichtet sind, das intellektuelle und geistige Demokratieverständnis aber in den religionskritischen Traditionen der Französischen Aufklärung wurzelt. Ich kann diese Frage hier nur aufwerfen und will damit sagen: Die Einschätzung der Rolle der Religion hat eine Schlüsselstellung für die Beantwortung der Frage, wie die inneren Verbindlichkeiten der Freiheit beschaffen sind, die eine Demokratie in Anspruch nimmt. Hier liegt ein unbewältigtes und konfliktreiches Problem der jüngsten Religionsgeschichte unserer Demokratie.“

Trutz Rendtorff, in: PM 187 November/Dezember 1979

80er Jahre

Zurück ins Bündnis

Politische Leitbilder und politische Realitäten

„Kohl hat es innerhalb kürzester Zeit fertiggebracht, der bundesrepublikanischen Politik wieder Orientierungen und Fixpunkte zu geben. Auf einmal war es wieder beruhigend klar, daß deutsche Freiheit nur an der Seite Amerikas und im Westen zu wahren ist. Marktwirtschaft wurde wieder praktiziert, nicht nur als Verteidigungslinie beschworen. Der Sozialstaat erhielt gegenüber dem Wohlfahrtsstaat seinen eigenen Rang zurück. Die Sicherheit, mit der Kohl die Linien zeichnete, verblüffte seine Gegner. Horst Ehmke, ewiges Sonderangebot der Sozialdemokraten, bekannte öffentlich, seine Partei habe diesen Kanzler unterschätzt. Sie hatte es getan, und sie tut es schon wieder. Am deutlichsten wird das durch die Wahl des Kandidaten, den sie Kohl entgegenstellt.“

Ludolf Herrmann, in: PM 206 Januar/Februar 1983

So stürzte Schmidt

Zu Vorgeschichte und Ablauf des Machtwechsels

„Die Ursachen für das Scheitern der sozialdemokratischen Koalition liegen zunächst in der Sache, im Streit um den Haushalt und die Wirtschaftspolitik begründet. Sie werden durch einen zweiten Strang, der durch die rigorose und intransigente Haltung des linken SPD-Flügels im Hinblick auf Nachrüstung und Kernenergie, aber auch durch wirtschafts- und sozialpolitische Konzessionen gegenüber der FDP-Führung gekennzeichnet ist, ergänzt und verstärkt, bevor sie spätestens vom Frühsommer 1982 an durch die Existenz des kleinen Koalitionspartners immer bedrohlicher gefährdenden und das bisherige Parteiensystem verändernden Erfolg der Grünen und Alternativen Liste noch eine zusätzliche, das Auseinanderfallen beschleunigende Komponente erhalten. Alle Vorgänge zusammen werden von einer sich zusehends steigernden Verwirrung der politischen Umgangsformen überlagert, durchgesetzt und, mit zweifelhafter Symbolik (‚Königsmord‘, ‚Dolchstoß‘) versehen, schließlich bis ins Irrrationale erhöht. Dabei ist das Ende der SPD/FDP-Koalition das Ergebnis eines langen, sukzessiven Auszehrungsprozesses, die Dekomposition einer politischen Partnerschaft gewesen, deren einzelne Phasen sich recht exakt bestimmen lassen. Mit ‚Schuld‘ hatte das nichts zu tun.“

Klaus Kellmann, in: PM 208 Mai/Juni 1983

Pershing für den Rechtsstaat

Die fragwürdigen Thesen eines Verfassungsrichters

„Es kommt schließlich noch hinzu, daß der Nachrüstungsbeschluß gefasst worden ist und ausgeführt wird, um die Sowjets durch den ernsten Verteidigungswillen des Westens zum rüstungspolitischen Einlenken zu bewegen. Auch insofern dient die Pershing der Sicherung unserer Grundrechte. Sie ist eine in Waffen ausgedrückte Abrüstungsanforderung an die Sowjetunion. Schöner wäre es, im Kreml würde man sich durch menschliche Köpfe und nicht durch atomare Sprengköpfe zum Nachdenken bringen lassen. Aber, der Besuch des Papstes in Polen wie die Visite von Helmut Kohl im Kreml haben es gezeigt: Auch Andropow fragt nicht nach moralischen Positionen, sondern nach Divisionen.“

Ludolf Herrmann, in: PM 209 Juli/August 1983

Gute Freunde, schlechte Kritik

Aktuelle Notizen über das Amerikabild der Deutschen

„Insbesondere auf die Presse und das wichtigste Medium Fernsehen wirken die Grünen geradezu wie ein Magnet mit all den öffentlichkeitswirksamen Folgen, die dieser Umstand nach sich zieht. Wer die Einstellung der Grünen gegenüber den USA für das USA-Bild der Deutschen hält, der begeht entweder eine grobe Fehleinschätzung, oder er will die wirklichen Gegebenheiten bewußt verzerren.“

Elisabeth Noelle Neumann/Gerhard Herdegen, in: PM 212 Januar/Februar 1984

Halbzeit für Kohl

Der Wechsel und die Wende – eine prognostische Bilanz

„Erneuerung fand auch für die Deutschlandpolitik statt. Für sie wie überhaupt für die Ost-West-Beziehungen hatte der Bundeskanzler die Parole der Kontinuität ausgegeben; doch in Wahrheit stellte er das empfindliche Verhältnis zum Osten auf eine ganz neue Basis. Dabei spielte die neue Eindeutigkeit des Bekenntnisses zum Westen eine paradoxerweise förderliche Rolle. Der Osten mußte die Illusion aufgeben, die Bundesrepublik möglicherweise aus ihren atlantischen Loyalitäten herausbrechen zu können. Eine prinzipielle Revision der Nachkriegsgeschichte schien unter Brandt und Schmidt möglich geworden zu sein. Der Osten veranstaltete damals mit allen Mitteln ein gigantisches Werben um die Seele der Westdeutschen. Spätestens mit Beginn der Nachrüstung erwies sich diese Kampagne als gescheitert. (...)

Eine neue gesamtdeutsche Aufmerksamkeit auf beiden Seiten der Grenze hat ihren Ursprung auch in der patriotischen Leidenschaft des Kanzlers. Er war, solange er es ohne Strapazierung des Protokolls noch vermochte, regelmäßiger Besucher der DDR, nicht zuletzt jener Landstriche, aus denen seine Frau stammt. In allen Aspekten der deutschen Frage ist er erkennbar persönlich engagiert, was sich auch in einer fast schon sentimentalen Zuneigung zur alten Reichshauptstadt ausdrückt.“

Ludolf Herrmann, in: PM 218 Januar/Februar 1985

Genosse Humor

Der Westen in der sowjetischen Karikatur

„Die meisten Karikaturen richten sich gegen den ‚Hauptfeind‘ USA, sozusagen das Hauptmodell des ‚kapitalistischen‘ Systems. Gemeint sind jedoch alle westlichen Demokratien. Wenn wir uns an Orwell orientieren, wäre da zuerst die Behauptung, daß das ‚Wahrheitsministerium‘ alle Medien lenkt. An die Stelle des ‚Wahrheitsministeriums‘ tritt in den Karikaturen zumeist das Kapital oder der amerikanische Geheimdienst CIA. Lüge, Verleumdung, Antisowjetismus werden den Bürgern eingehämmert. Aber nicht nur die amerikanischen Bürger sind dieser Manipulation ausgesetzt, sondern alle Bürger der westlichen Welt, die das amerikanische Kabel anschließt.“

Paul Roth, in: PM 221 Juli/August 1985

Herausforderung des Westens

Droht die Entpersönlichung der Menschenrechtsidee?

„Die vielen Versuche, das Menschenrechtskonzept neu zu fassen, es zu erweitern oder andere Arten von Prioritäten in den Mittelpunkt zu stellen, sind Ausdruck einer regen geistigen Debatte. Ihre Wirkungen aber können ambivalent sein. Sie können den inneren, den ‚westlichen‘

Kreis des Menschenrechtsdenkens verstärken, aber auch ihn sprengen; sie können helfen, die Menschenrechtsidee deutlicher zu fassen und damit andere Formen politischen Denkens eingängiger werden zu lassen, aber sie können auch verhindern, daß der eigentliche Gehalt und die eigentliche Intention der Menschenrechtsidee kaum noch sichtbar bleiben; sie drohen vor allem die Menschenrechtsidee zu entpersonalisieren. Menschenrechte aber können nur Rechte des Individuums im Staat sein.“

Ludger Kühnhardt, in: PM 228 September/Okttober 1986

Die Deutsche Einheit Eine Chance für den Westen

„Wenn eines Tages Deutschland in freier Selbstbestimmung vereint sein sollte, könnten die Deutschen die Uhren nicht mehr auf die ‚Stunde-Null‘ zurückstellen. Vielmehr müssen sie die konkrete Situation – und dazu gehört eben auch der dann erreichte Stand der europäischen Integration – zum Ausgangspunkt einer gemeinsamen Zukunft nehmen. Das ist gut so, und es gilt entsprechend für die Europäer. Der von ihnen eingeleitete Integrationsprozeß ist schon zu weit gediehen, als daß Europa zum Staatensystem der Vorkriegszeit – mit all seinen Rivalitäten, seinem Souveränitätsfetischismus, seinen Gleichgewichtsstörungen – zurückkehren könnte.“

Michael Mertes/Norbert J. Prill, in: PM 247 November/Dezember 1989

90er Jahre

„Zwischen historischen Ereignissen“

„Wir leben zwischen historischen Ereignissen. Mit den freien Wahlen in der DDR begann im März der Wiedervereinigungsprozeß. Irgendwann in ein oder zwei Jahren wird er mit den Wahlen für ein gesamtdeutsches Parlament vollendet werden. In der Zwischenzeit sind Berge von Problemen zu bewältigen. Nicht für alle Aufgaben, die sich stellen, sind die Lösungen bereits in Sicht. Aber der sensationelle Sieg der CDU bei den ersten freien DDR-Wahlen setzte wichtige Orientierungspunkte.“

Peter Hopen, in: PM 249 März/April 1990

Britische Zurückhaltung Zu den Schwierigkeiten Englands mit der deutschen Einheit

„Die für alle Beteiligten überraschende und nach eigenem Rhythmus zügig ablaufende Entwicklung zur deutschen Einheit ist dann zu einer ersten Probe für das deutsch-britische Verhältnis geworden. Schon unmittelbar nach dem 9. November 1989 waren nach einer ersten spontanen, breiten und freudigen Zustimmung zum Fall der Mauer, die über die Medien transportiert wurde, aus Großbritannien zunehmend Bedenken hinsichtlich der Einheit Deutschlands und möglicher Folgen für Verbündete und Nachbarn zu hören. Großbritannien machte sich zum Hauptsprecher dieser Sorgen und konsultierte dazu auch viele andere Länder.“

Karl-Günther von Hase, in: PM 253 November/Dezember 1990

Nach dem Golfkrieg

Die Instabilität des Nahen Ostens gefährdet die gesamte Welt.

Wie könnte eine regionale, international getragene Friedensordnung aussehen?

„Es ging nicht nur darum, den Golf als eine Teilregion des Nahen Ostens, die zwei Drittel der nachgewiesenen Erdölreserven der Welt beherbergt, zu schützen. Auch und vor allem sollte verhindert werden, daß ein orientalischer Despot es sich durch die Verneinung der Souveränität eines Völkerrechtssubjekts ungestraft erlaubt, alle Spielregeln der Interaktion zwischen Staaten im internationalen System zu mißachten und über Bord zu werfen.“

Bassam Tibi, in: PM 257 April 1991

Die Unbeliebtheit der Parteien

Von den Staatsmännern wird effektives Handeln verlangt,

Parteien müssen über Reden überzeugen

„Politische Parteien scheinen diesem Druck der Umwandlung eines Mysteriums in besonders bedeutende Persönlichkeiten besonders ausgesetzt zu sein, weil es mit einer extrem inkohärenten Umwelt zu tun haben und gleichwohl in diese Umwelt Alternativen hineinformulieren und darüber entscheiden müssen. Wir haben hier erneut die Herausforderung zur Unsicherheitsabsorption vor Augen. Als Resultat werden dann politische Probleme personalisiert und in dieser Form dem Publikum vorgestellt. Das entspricht einer genau darauf abgestimmten Selektionstendenz der Massenmedien, dem Satzbau der indogermanischen Sprachen und vor allem natürlich den Beschränkungen des Fernsehens, das ja schließlich nicht die Entscheidungen selbst auf den Bildschirm bringen kann.“

Niklas Luhmann, in PM 272 Juli 1992

Das Volk steigt aus

Es gibt eine Reihe von Anhaltspunkten dafür, daß der Traditionszusammenhang von Staat, politischer Wohltätigkeit und Volk sich aufzulösen beginnt

„Für die praktische Politik fällt eher ins Gewicht, daß der Wohlfahrtsstaat seine Grenzen erreicht, wenn nicht überschritten hat. Und daß sich Politik deshalb mit Zumutungen an ‚das Volk‘ wenden muß, für die sie keine Zustimmung erwarten kann. Das Selbstdoping der Politik mit fadenscheinigen Formeln wie ‚Solidarität‘ wird das nicht mehr lange verdecken können. Das Volk wählt mit mehr und mehr Prozenten gar nicht oder Parteien, von denen (im Moment noch) niemand ernstlich Teilnahme an der Regierung erwartet und für die damit auch jene Disziplinierung entfällt, die Parteien sich auferlegen müssen, wenn sie mit dieser Möglichkeit rechnen wollen, in die Regierung berufen zu werden.“

Niklas Luhmann, in PM 280 März 1993

Medienherrschaft

Journalisten sind nicht nur Kontrolleure der Macht, sie besitzen auch selbst Macht

„Unser eigentlicher Fehler scheint zu sein, daß wir Weltmeister im kulturpessimistischen Jamerton sind und mit dem erhobenen Zeigefinger – auch im Medienbereich – ständig von Verführern, Usurpierern, Miesmachern und Manipulatoren sprechen und wenig davon, daß Medien Mittler, Chronisten, Informanten, Aufklärer, Ratgeber sind. Sagen wir es doch ganz offen: Es gibt törichte und schlechte Journalisten, genauso wie es auch törichte und schlechte Politiker, törichte und schlechte Lehrer, törichte und schlechte Juristen und gelegentlich sogar mal

einen törichten und schlechten Pfarrer geben soll. Das ändert aber nichts an deren Grundaufgaben. Medien beurteilen lernen, kritisches Medienbewußtsein vermitteln, mit Medien umgehen können, das ist letztlich die entscheidende Aufgabe.“

Bernhard Vogel, in: PM 312 November 1995

Heil und Heilung

Joseph Beuys: Utopische und visionäre Aspekte

„Die Verwendung von Fett, einem Material, das vergleichsweise leicht von einem Aggregatzustand in den anderen übergeht, hat vor allem die Demonstration des Einflusses von Wärme auf die Gestalt einer Sache zum Ziel. Beuys definiert das Wesen der Plastik nicht mehr ausschließlich raum-zeitlich, sondern gleichermaßen bestimmt von Wärme und Kälte. Diese Qualität ist auf die Anschauungsformen von Raum und Zeit nicht rückführbar; sie stellt eine dritte Kraft dar, die zumindest das westliche Bewußtsein lange Zeit nur unter naturwissenschaftlichen Rück­sichten betrachtete.“

Rita Tüpper, in: PM 320 Juli 1996

Was Sache der Länder ist

Die Landesregierungen müssen Schneisen in das Dickicht der Bundeskompetenzen schlagen

„War schon 1989 die Frage nach dem Bedarf für Korrekturen an unserem föderalistischen System aufgetaucht, so stellt sie sich nach dem Anwachsen der Zahl der Länder auf sechzehn und den viel stärker gewordenen Unterschieden zwischen den Ländern um so deutlicher. Dazu kommt die Globalisierung, die unbestritten Innovationsfähigkeit, Wettbewerb und Mut zu neuem erfordert. Dafür ist der Föderalismus eine gute Voraussetzung. Er mobilisiert durch den Wettstreit der Länder untereinander ein erhebliches Potential an Innovation für die Entwicklung unseres Landes. Um diese Vorteile des Föderalismus jedoch voll nutzen zu können, muß jedoch von übertriebener Politikverflechtung, von Vereinheitlichung, Angleichung, Nivellierung und Bürokratisierung Abschied genommen werden. Ein Geleitzug ist schwerfällig. Den gestiegenen Anforderungen an unsere politische Reaktionsfähigkeit entspricht eher ein ‚kompetitiver‘ Föderalismus. Nur wenn Vielfalt und Vielgestaltigkeit zugelassen werden, können alle Leistungspotentiale in einem gesunden und kreativen Wettbewerb ausgeschöpft werden. Wettbewerbsföderalismus lautet die Alternative.“

Ursula Männle, in: PM 325 Dezember 1996

Verführung und Massenrausch

Voraussetzungen und Durchbruch totalitärer Politik im zwanzigsten Jahrhundert

„Auf harmlose Weise drückt der folgende Witz über die ‚Grundwidersprüche im Sozialismus‘ den gleichen Sachverhalt aus: Obwohl es keine Arbeitslosen gibt, arbeitet nur die Hälfte. Obwohl nur die Hälfte arbeitet, werden alle Pläne übererfüllt. Obwohl alle Pläne übererfüllt werden, gibt es nichts zu kaufen. Obwohl es nichts zu kaufen gibt, haben die Leute mehr als sie brauchen. Obwohl sie mehr haben, als sie brauchen, schimpfen sie auf die Regierung. Und obwohl sie auf die Regierung schimpfen, wählen 99,9 Prozent sie. Ein satirischer Text, ohne Zweifel – und eine satirische Betrachtung jenes ‚Verblendungszusammenhangs‘, in dem totalitäre Politik sich bewegt und agiert, dürfte auch der Anfang psychologischer Befreiung von ihr sein.“

Hans Maier, in: PM 333 August 1997

Postmoderne Ratlosigkeit

Wenn sogar die selbstgeschaffenen Versprechungen unerfüllt bleiben

„Konventionen werden als Entfremdung verspottet, obwohl sie uns von den Zwängen permanenter Entscheidungen entlasten. Wo kämen wir hin, wenn wir uns im Straßenverkehr ständig entscheiden und an jeder Straßenkreuzung eine bilaterale Verständigung darüber herstellen müßten, wer nun Vorfahrt hat? [...] Konventionen sind wie Hosenträger. Sie machen die Hände frei für Wichtigeres, als die Hose zu halten. Unsere Befangenheiten gewähren uns die elementaren Spielräume für Richtungsentscheidungen. Wir können nicht alle Wege gleichzeitig gehen, und auch nacheinander ist das Angebot begrenzt, denn kurz ist unser Leben. Und zwischen Geburt und Tod läßt sich nicht alles unterbringen, was potentiell erlebbar wäre: Vita brevis. Also kommt auch eine postmoderne Gesellschaft nicht ohne die alte Tugend Askese aus. Askese ist eine Voraussetzung, sich auf jene Wichtigkeiten zu konzentrieren, für die wir uns entschieden haben.“

Norbert Blüm, in: PM 337 Dezember 1997

Wahlen in der Mediokratie

Die Union hat den Kampf um die Bilder und die Themen verloren

„Die Bundestagswahl 1998 unterschied sich in wesentlichen Elementen von der des Jahres 1994. Das Duell um das bessere persönliche Image der Kandidaten spielte eine zentrale Rolle, und es gab mit der Arbeitslosigkeit ein alles überstrahlendes Thema. (...)

Wer in den Medien und insbesondere im Fernsehen sich so darstellen kann und so dargestellt wird, wie er sich aus strategischen Gründen darstellen möchte, der hat den Vorteil. Die Republik hat sich nicht nur wegen des Wahlausgangs, sondern auch in ihren politischen Prozessen verändert.“

Wolfgang Donsbach, in: PM 347 Oktober 1998

Bürgerrechtler im Abseits?

Anmerkungen zu einem Tabubruch

„‘Der größte Feind der neuen Ordnung ist, wer aus der alten seine Vorteile bezog’, heißt es bei Machiavelli. Natürlich werden wir weiterhin eine besondere Aufgabe in der Auseinandersetzung mit der PDS, der umbenannten SED, übernehmen. Es geht um juristische Fragen, um Entschädigung, Wiedergutmachung. Wir müssen zudem klarmachen, daß wir nicht zum Selbstzweck von der Vergangenheit nicht lassen, sondern um der politischen Machtverteilung willen heute und zukünftig.“

Vera Lengsfeld, in: PM 354 Mai 1999

Die Wende 1989/90

Freiheit und Einheit

„Wie mir Gorbatschow später erzählte, war er über die Ereignisse in Berlin falsch informiert worden. Dahinter steckten Reformgegner, die eine Intervention der in der DDR stationierten sowjetischen Truppen herbeiführen wollten. Ich bin Gorbatschow bis heute sehr dankbar dafür, daß er solchen Scharfmachern kein Gehör schenkte. Es ist ihm nicht hoch genug anzurechnen, daß er – vor die Entscheidung gestellt, die Panzer in den Kasernen oder sie ausrücken zu lassen – sich für die friedliche Lösung entschied und auch später die Realitäten akzeptierte, die die Menschen in der DDR so mutig geschaffen hatten.“

Helmut Kohl, in: PM 360 November 1999